



(Foto: Prof. Dr. Johannes Varwick)

Nur wenige in Wissenschaft und Politik hatten erwartet, dass eine Pandemie die Welt derart durchschüttelt, wie wir es im Jahr 2020 erleben müssen. Wie verändert Corona internationale Politik? Die grundlegenden Strukturmerkmale der internationalen Politik und die Gesetzmäßigkeiten und Logiken werden sich aller Voraussicht nach nicht fundamental verändern. Die vor der Krise gültigen Strategien müssen kritisch hinterfragt werden – ohne allerdings zu erwarten, dass internationale Politik kooperativer verlaufen wird. ‚Versicherheitlichung‘ und ‚Resilienzbildung zu Hause‘ werden die kommenden Jahre prägen. Die Pflichten jenseits des eigenen Staates geraten weiter unter Druck.

Prof. Dr. Johannes Varwick lehrt internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und ist Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik.

Weltordnung, Pandemien und Sicherheitspolitik

In nahezu allen Staaten dieser Welt sind Covid-19-Fälle aufgetreten, es kann also ohne jeden Zweifel von einer globalen Pandemie gesprochen werden. Der UN-Generalsekretär sprach gar davon, dass die COVID-19-Pandemie die „größte Bewährungsprobe sei, der die Welt sich seit dem Zweiten Weltkrieg gegenübersehe. Der Blick auf Corona endet oftmals an den Grenzen von Nationalstaaten oder bestenfalls an denen Europas. Und natürlich gibt es erstmal eine Verantwortung für die unmittelbare Umgebung, die Nachbarschaft, die Region und das eigene Land. Dass sich aber die öffentliche Debatte fast ausschließlich um die Frage dreht, wie die deutsche Gesellschaft reagieren soll, ist eine folgenschwere Vereinfachung. Für eine Exportnation wie Deutschland wirkt diese

Debatte zudem befremdlich. Denn am Ende gibt es bei einer globalen Pandemie keine nationale Rettung. Die Chefs aller Sonderorganisationen der Vereinten Nationen haben die Lage jüngst in einer gemeinsamen Erklärung nüchtern so zusammengefasst: „Niemand ist sicher, solange nicht jeder sicher ist“.

Steuerungsfähigkeit internationaler Politik

Die globale Dimension der Corona-Pandemie ist singulär. Das heißt aber nicht, dass es keine diesbezüglichen Befunde und Warnungen aus der Wissenschaft gab, aber diese waren eben wenige Stimmen unter Vielen, sie bezogen sich auf potentiell ferne Probleme mit vermeintlich geringer Eintreffwahrscheinlichkeit und sie haben es deshalb nicht geschafft, handlungsleitend für die Politik zu werden. Das ist übrigens nicht als Vorwurf gemeint – denn wer hätte in

den Gesellschaften schon goutiert, dass die Politik Ressourcen für Herausforderungen zur Verfügung stellt, die als unwahrscheinlich gelten und zudem nicht breit öffentlich diskutiert werden?

Außenpolitisches Handeln

Welche Faktoren bestimmen außenpolitisches Handeln? Diese lassen sich mit der Formel „3 I plus F plus E“ konzeptualisieren. Es sind mithin in erster Linie Interessen (I), Institutionen (I), Ideen (I) und Fähigkeiten (F), die die außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten und -optionen bestimmen. Dabei ist es eine alte Erfahrung, dass politische Entwicklungen und disruptive Ereignisse (E) feste Standpunkte schnell relativieren können.

Jede weltweite Krise hat mithin Auswirkungen auf das internationale System, dessen Strukturen, Normen und Institutionen. Der Erste Weltkrieg brachte den wenig erfolgreichen Völkerbund hervor, der Zweite Weltkrieg führte zur Geburt der Vereinten Nationen, die Terroranschläge vom 11. September 2001 veränderten das Völkerrecht und verstärkte die Dekade der Interventionen, u.a. in Afghanistan und im Irak und die Weltfinanzkrise ab 2008 schließlich verwandelte die G-20 von einem Finanzministerclub in ein Gremium der Staats- und Regierungschefs.

Welche möglichen Veränderungen der internationalen Politik könnte die Corona-Krise ab 2020 auslösen? Ganz grundsätzlich betrachtet: In der internationalen Politik ist es bislang zu keiner problemangemessenen Herausbildung von Strukturen gekommen, die internationale Probleme wirksam in den Griff bekommen könnte. Vielmehr entsteht eine fragmentierte Landschaft von Formaten, Institutionen und Programmen, und zentrale Machtfragen werden mit einer postnationalen und weltbürgerchaftlichen Global-Governance-Rhetorik eher verschleiert. Dennoch ist es nicht so, dass keine internationalen Institutionen existierten, die zumindest der Idee nach für die Bearbeitung

genau solcher Situationen geschaffen wurden, sei es im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen wie der Weltgesundheitsorganisation, regionaler Organisationen mit unterschiedlich breitem Themen- und Mitgliederspektrum. Beispiele sind auch internationale Regime, also freiwillige, wenngleich im Einzelfall sanktionsbewehrter Abkommen für ein relativ eng begrenztes Themenfeld. Zu denken ist etwa an die von Deutschland unterstützte „Global Health Initiative“, die bereits Anfang der 2000 Jahre gegründet wurde.

Internationale Anarchie

Die bestehenden internationalen Institutionen weisen aber gleichwohl vielfach gravierende Defizite hinsichtlich ihrer Effizienz, Durchsetzungsfähigkeit und Finanzierung auf, die ihre Handlungsfähigkeit erheblich beschränken und die Attraktivität alternativer Formate potentiell erhöhen. Die traditionelle Führungsmacht USA fällt derzeit aufgrund einer engstirnigen America-First-Politik unter Präsident Trump aus. Während der Ebola-Pandemie 2014 hatten die USA noch die Führungsrolle inne. Es ist schmerzlich zu sehen, dass sie nun auch hier als Weltordnungsmacht ausfallen. China versucht, diese Rolle einzunehmen, versagt aber ebenfalls offenkundig, auch aufgrund eigener Versäumnisse bei der Bekämpfung in der Frühphase der Pandemie. Die Folge ist, dass sich für den Zerfall oder die Gefährdung von Ordnungen niemand zuständig fühlt bzw. bereit ist, die erheblichen Kosten und Risiken der Wiederherstellung von Ordnung zu tragen. In dieses Vakuum stießen bereits vor der Krise Mächte (z.B. Russland in Syrien, China in Teilen Afrikas), die die Probleme auf eine Weise angehen, die den Grundsätzen eines friedlichen und fairen internationalen Umgangs miteinander widersprechen und die auch nicht nachhaltig ist.

Strukturell ist das nicht wirklich verwunderlich. Denn: Internationale Politik ist Politik unter den Bedingungen der Anarchie. Ohne dieses

Argument hier systematisch auszuführen, bedeutet dies vereinfacht gesagt, dass die Nationalstaaten eine zentrale Rolle haben. Sie können sich internationalen Regelungen freiwillig unterwerfen oder diese mitgestalten, aber sie können eben von niemandem dazu gezwungen werden. Mit der Corona-Krise können wir zunächst einmal eine nochmals verstärkte Rückkehr des Staates in der internationalen Politik beobachten.

Allerdings ist die Krise ein Stresstest für die Effizienz von Staaten, übrigens auch hinsichtlich des Systemwettbewerbs zwischen Demokratie und Autokratie. Hier gibt es inzwischen zahlreiche quantitative Indices – etwa das Covid-19-Ranking. Aber auch ein hermeneutischer Blick auf die Weltpolitik – also die verstehende qualitative Betrachtung der Strukturmerkmale der internationalen Beziehungen – ergibt ein eher düsteres Bild von der momentanen Steuerungsfähigkeit der ‚internationalen Gemeinschaft‘. Zugleich aber belegt es die unbedingte Notwendigkeit effektiver internationaler Governance, die ausgehend von den veränderten Gegebenheiten zumindest in Teilen neu gedacht werden muss. Zunächst aber zu einigen sicherheitspolitische Fragestellungen im Zusammenhang mit der Pandemie.

Versicherheitlichung

Mit der Erweiterung des klassischen Verständnisses von Sicherheitspolitik und insbesondere dem Ansatz ‚menschlicher Sicherheit‘ ist bereits vor vielen Jahren eine neue Perspektive in das Blickfeld von Forschung und Politik geraten: die der Gesundheit und ihrer Risiken. ‚Sicherheit‘ lässt sich unter anderem auch als körperliche Unversehrtheit eigener Staatsbürger interpretieren. Sofern dies nur das einzelne Individuum betrifft, mag man eine Relevanz für die nationale oder internationale Sicherheitspolitik allenfalls am Rande erkennen. Wenn es sich bei Gesundheitsgefährdungen allerdings um grundlegende strukturelle und in globalen Beziehungen angelegte Prozesse handelt,

verdienen sie eine nähere Betrachtung hinsichtlich ihrer Ursachen und Folgen.

Globale Gesundheitsfragen berühren ein breites Spektrum internationaler Beziehungen: Entwicklung, Sicherheit, Handel, Wirtschaft, Forschung, Bildung, Migration, Umwelt- und Klimaschutz sowie humanitäre Hilfe. Zugleich hat der Bedeutungszuwachs von Gesundheitsfragen auf der internationalen Ebene zu einer wachsenden Anzahl von staatlichen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Akteuren – einer Globalen Gesundheitsarchitektur – geführt. Das Thema Gesundheit gehört allerdings auch zu den Aspekten ‚menschlicher Sicherheit‘, deren Aufnahme in das erweiterte Spektrum moderner Sicherheitspolitik nicht unumstritten war. Die These einer zunehmenden ‚Versicherheitlichung‘ von Politikfeldern (Securitisierung) lässt sich an diesem Beispiel durchaus kritisch diskutieren.

In der Politikwissenschaft steht ‚Versicherheitlichung‘ für den Prozess, wie ein Thema zum Sicherheitsthema wird. Das Kernargument lautet: Eine Bedrohung der Sicherheit ist immer subjektiv bzw. sozial konstruiert. In diesem Sinne kann fast alles zum Sicherheitsproblem konstruiert werden, abhängig von den Akteuren, die etwas als Sicherheitsproblem bezeichnen und dann damit besondere Maßnahmen begründen. Die Kritik daran folgt dann auf dem Fuß. Denn dies führe zu letztlich unerfüllbaren Sicherheitsbedürfnissen und mithin zu einer Überforderung derjenigen, die Sicherheit gewährleisten sollen. Am Beispiel Corona: Zum einen besitzen hier etwa klassische Instrumente, wie etwa militärische, kaum eine nennenswerte Relevanz bei der Problemlösung. Und zum anderen lässt sich die These vertreten, eine Klassifizierung der Gesundheit auch als Sicherheitsproblem lenke möglicherweise von den eigentlichen Wurzeln und Lösungsstrategien ab.

Trotz dieser Einwände macht es durchaus Sinn, sich einigen zentralen Fragen menschlicher

Gesundheit, der Verbreitung von Krankheiten und deren konflikttreibender Wirkung gerade auch aus sicherheitspolitischer Perspektive anzunehmen. Im internationalen Kontext ist eine Pandemie wie folgt definiert: die länder- bzw. kontinentübergreifende Ausbreitung einer menschlichen Infektionskrankheit (einer Seuche), die das Potenzial schwerer gesundheitlicher und mitunter tödlicher Auswirkungen besitzt. Im Unterschied zur Epidemie ist sie örtlich nicht beschränkt und kann sich regional oder gar global mit hoher Geschwindigkeit ausbreiten. Aus staatlicher Perspektive geht es dabei zum einen um den unmittelbaren Schutz der eigenen Bevölkerung durch geeignete Vorsorge- oder Therapiemaßnahmen, zum anderen aber auch um das erfolgreiche Abschotten des eigenen Territoriums und damit der Bürger im Land vor den Krankheitserregern. Letzteres erfordert in der Regel eine enge internationale Abstimmung vorbeugender und reaktiver Maßnahmen, mit wichtiger Rolle für die Weltgesundheitsorganisation.

Sicherheitspolitik und Pandemien: Was konnten wir wissen?

Die transnationale Relevanz der Pandemievorsorge bzw. -bekämpfung versteht sich im Zeitalter der Globalisierung von selbst. Es handelt sich um einen Risikoaspekt, dessen Dynamik mit Corona schlagartig deutlich wird. Mit der nahezu ungebremsten Mobilität von Menschen und dem freien Austausch von Gütern über große Entfernungen finden auch Krankheitserreger ihren Weg. Infektionsauslöser können durch internationalen Flug- und Reiseverkehr und Handelsbeziehungen nahezu jeden Erdteil innerhalb weniger Stunden oder Tage erreichen und dort ebenso rasch Epidemien mit gravierenden Folgen auslösen, auf die das lokale Gesundheitswesen nicht hinreichend vorbereitet ist. Man muss beim Thema Seuchen, Pandemien und Epidemien keineswegs nur an die Pest im Mittelalter denken. Diese brauchte übrigens 25 bis 30 Jahre um von

der chinesischen Küste entlang der Routen der Seidenstraße nach Europa zu kommen. Auch die jüngere Geschichte ist reich an bedeutsamen Beispielen – von der Spanischen Grippe mit 50 Mio. Todesopfern in den Jahren 1918-1920 bis hin zu SARS-Krise in Asien im Jahr 2003, der Schweinegrippe in Lateinamerika im Jahr 2009 oder der Ebola-Pandemie von 2014/15 in Westafrika.

Gleichwohl: Covid-19 ist von singulärer Dimension. Es war aber vorher absehbar, dass auch in entwicklungspolitischer Hinsicht das dem Thema Gesundheitsvorsorge eine wachsende Bedeutung zukam. Die ärmeren Staaten des globalen Südens sind weit überdurchschnittlich von seuchenartigen Pandemien und Epidemien betroffen – auch wenn empirisch noch unklar ist, wie genau und mit welchen Konsequenzen für die im Schnitt deutlich jüngere Bevölkerung etwa in Afrika sich dort das Virus verbreitet. Fest steht: Die ökonomischen Folgen werden die Entwicklungsländer hart treffen. Auch die weniger leistungsfähigen Gesundheitssysteme werden das dort weniger gut auffangen können. Die Konsequenzen betreffen also in jedem Fall das Folgenmanagement.

In den Nachhaltigkeitszielen der VN (SDGs) widmet sich eines der 17 Ziele explizit den globalen Gesundheitsfragen. Auch die Berichte des Entwicklungsprogrammes der VN (UNDP) behandeln regelmäßig die Verbindung zwischen Sicherheit und Gesundheit und haben den Begriff ‚health security‘ geprägt. Nationale Akteure nehmen diesen Zusammenhang ebenfalls zunehmend in den Blick. Einer der US-Geheimdienste legte bereits 2000 einen Bericht vor, in dem beschrieben wird, wie globale Infektionen und Pandemien auch die Sicherheit der USA berühren können. Das ‚Weißbuch zur Sicherheitspolitik‘ aus dem Jahr 2016 spricht ebenfalls von „systemischen Risiken, die aus Pandemien und Seuchen entstehen können“. Es ist wahrscheinlich, dass die Verbindung von öffentlicher Gesundheitsvorsorge und Sicherheit künftig mehr Aufmerksamkeit bekommen

wird, was zur Stärkung der Weltgesundheitsorganisation und verbindlichen Regeln etwa zur Bevorratung von medizinischem Gerät führen sollte. Daraus resultiert auch die Notwendigkeit von systematischer Prävention – die sich in diesem Fall nicht nur auf konkrete Vorsorgemaßnahmen (z.B. im Gesundheitssystem) bezieht, sondern auch auf die Etablierung, Beübung und Ausstattung eines geeigneten internationalen Instrumentariums zur Krisenbewältigung bezieht. Die Krise zeigt aber auch in aller Dramatik: Schwache Gesundheitssysteme in einzelnen Ländern gefährden auch die Bevölkerung in anderen Staaten. Absehbar ist auch, dass sich das Themenfeld Resilienz also – Widerstandsfähigkeit – als neues sicherheitspolitisches Paradigma etablieren wird. Dies wird wiederum Konsequenzen für die Bereitschaft haben, sicherheitspolitische Ressourcen und Energie in klassische Aufgaben der Sicherheitspolitik – von Bündnisverteidigung über militärisches Krisenmanagement bis zu Peacekeeping-Missionen haben. Auch die Verteidigungshaushalte dürften dabei massiv unter Druck geraten

Mit Robert Malley lassen sich zwei Narrative unterscheiden:

- Das **erste Narrativ** folgt der Annahme, dass die globale Gesundheitskrise die Notwendigkeit von Multilateralismus und globaler Kooperation ebenso vor Augen führt wie den Irrweg des Nationalismus und der Isolationismus.
- Das **zweite Narrativ** lautet genau umgekehrt: Durch Globalisierung und offene Grenzen werden Länder anfällig gegenüber Viren und anderen Bedrohungen, und der aktuelle Kampf um die Kontrolle von Lieferketten und lebensrettenden Schutzrüstungen erfordert, dass sich jedes Land zunächst um sich selbst kümmert.

Je nachdem welchem Narrativ man folgt, unterscheiden sich die Bewertungen und Konsequenzen ganz erheblich. Die beschriebenen Aspekte finden sich auch in den Reaktionen der

internationalen Gemeinschaft auf die aktuelle Krise wieder. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, sprach jüngst in einem ARD-Interview davon, dass wir eine „Dysfunktionalität in den internationalen Beziehungen“ erlebten, weil die größten Mächte gegeneinander antreten. Der VN-Sicherheitsrat hat sich bisher dreimal – erstmals im Jahr 2000 mit der HIV/AIDS, dann 2014 mit der Ebola-Pandemie und im April 2020 mit Corona – mit Gesundheitsfragen befasst und diese jeweils als eine Bedrohung für Frieden und Stabilität definiert. Allerdings wird die ohrenbetäubende Stille des Sicherheitsrates bei Corona deutlich kritisiert, der aufgrund unterschiedlicher Interessen der fünf Vetomächte gelähmt ist. Auch die Treffen der G-7 und der G-20, von IWF oder Weltbank haben zwar erhebliche Finanzmittel mobilisiert, zentrale Akteure sind diese Organisationen aber bisher nicht.

Weltpolitische Trends

Nachdem der Aufruf des VN-Generalsekretärs vom März 2020 zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt ohne große Wirkung geblieben war, legte Guterres Anfang April vor dem VN-Sicherheitsrat dar, was ihn besonders besorgt: Die Pandemie sei eine signifikante Bedrohung für Sicherheit und Frieden. In acht Punkten führte er das weiter aus, darunter der Gedanke, dass fragile und schwache Staaten zu den Verlierern gehören und bestehende Konflikte weiter eskalieren könnten. Dazu gehöre auch die generelle Gefahr, Terrorgruppen könnten die Zeit der Krise ausnutzen, während Regierungen durch die Bewältigung der Pandemie abgelenkt seien. Er sieht auch eine wachsende Gefahr von Angriffen durch Bioterroristen, die zum Ziel haben könnten, neue Pandemien wie die gegenwärtige auszulösen. Die Schwächen und mangelhafte Vorbereitung, die durch diese Pandemie offengelegt wurden, gäben Einblicke darin, wie ein bioterroristischer Angriff aussehen könnte – und erhöhten möglicherweise das Risiko dafür – Alpträum-Szenarien, die in der

Wissenschaft schon vorher diskutiert wurden, etwa in Form der Thematik Bio-Kampfstoffe in den Händen von Terroristen.

Zusammengefasst lassen sich vier weltpolitische Trends infolge der Corona-Krise ausmachen:

- **Schwächung ohnehin instabiler Regionen und Staaten:** Es wäre ein Wunder, wenn die Pandemie nicht in Regionen massiv durchschlagen würde, aus denen wir bislang wenig Berichte über Erkrankungen haben. Alle empirischen Daten sprechen dafür, dass sich auch in Konfliktregionen wie Syrien, Libyen oder Subsahara-Afrika insgesamt Millionen infizieren werden. Dort gibt es keine funktionierende Staatlichkeit und kein leistungsfähiges Gesundheitssystem. Die Folgen werden dramatisch sein.
- **De-Globalisierung:** Der Gedanke der Vorteilhaftigkeit internationaler Arbeitsteilung dürfte mit der Krise nachhaltig unter Druck geraten, und zwar nicht nur temporär infolge des massiven Einbruchs der Weltwirtschaft. Die globalen Lieferketten dürften in Teilen unter dem Schlagwort Krisenresistenz und Resilienz neu aufgestellt werden. Wir werden wohl eine massive De-Globalisierung erleben – die zu Wohlstandsverlusten führen dürfte. In mancherlei Hinsicht dürfte Corona also der Tropfen sein, der das Fass der Globalisierungskritik zum Überlaufen gebracht hat. Deutschland wird von diesen Trends übrigens weit kräftiger durcheinandergeschüttelt werden als andere Staaten. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten massiv von der Globalisierung profitiert. Wenn sich nun die De-Globalisierung massiv verstärkt, wird das an ein Ende kommen. Das wird Konsequenzen haben für unsere Wirtschafts- und Sozialordnung und unseren Wohlstand. Insbesondere wird dies auch China als dem größten Profiteur der Globalisierung treffen

und Konsequenzen für Chinas Rolle in der internationalen Politik haben.

- **Veränderte Machtbalance zwischen China und den USA:** In den vergangenen Jahren war bereits eine neue Phase der Großmachtrivalität zwischen China und den USA zu beobachten. Wahrscheinlich ist auch, dass die Pandemie wie ein Verstärker für amerikanische Bemühungen um eine Entkopplung von China wirken und damit Tendenzen verstärken wird, die auf eine sektorale De-Globalisierung hinauslaufen. Zudem versucht China im Schatten der Krise seine Machtposition in ganz Süd-Asien auszubauen. Und zwar zunehmend aggressiv.
- **Nationalstaatliche Reflexe selbst in verdichteten transnationalen Räumen:** Die Europäische Union wurde zu Beginn der Krise nahezu vollständig an den Rand gedrängt und ist zudem zerrissen zwischen Nord und Süd. Grenzen wurde geschlossen und nationale Maßnahmen ohne viel Kooperation mit Brüssel getroffen. Zwar ist die EU zunehmend zurück aufs Spielfeld gekommen, es wurde aber wieder mal deutlich, dass – wie Ulrich Speck das formuliert, „Krisenmanagement klar und deutlich Domäne der Hauptstädte ist“. Was das längerfristig für die Kohärenz und die Relevanz der EU bedeutet, ist unklar.

Corona als Weckruf

Von Henry Kissinger stammt die Einschätzung, dass die Corona-Pandemie die Weltordnung für immer verändern werde. Die historische Herausforderung, so Kissinger, „is to manage the crisis while building the future: failure could set the world on fire“. Was könnte damit gemeint sein? Dieses Bild aufgreifend und auf die eingangs erläuterte „3 I plus F plus E-Formel“ zurückkommend lässt sich ausloten, was die Corona-Krise für internationale Ordnung und Sicherheitspolitik bedeutet. Zunächst: Ja – Corona ist ohne Zweifel ein game changer und

kann eine Art defining moment in der internationalen Politik sein. Aber:

- **Interessen:** die Interessenslagen der wichtigen Akteure haben nicht nachhaltig verändert, sondern folgen eher den bisherigen Linien
- **Institutionen:** die bestehenden Institutionen haben sich nur zum Teil bewährt, Gewinner ist einstweilen der souveräne Nationalstaat, Verlieren internationale Organisationen
- **Ideen:** Mit Max Weber könnte man sagen: Interessen, nicht Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber: die Weltbilder, welche durch Ideen geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte. Welche Ideen sich hier durchsetzen und in welchen Narrativen – mehr nationale Nabelschau oder mehr globales Denken – sich diese bewegen, ist heute nicht absehbar.
- **Fähigkeiten:** Die Fähigkeiten die Krise zu lösen, sind besser als zu vermuten jeder anderen Phase in der Menschheitsgeschichte. Das gilt für die Möglichkeiten einen Impfstoff zu entwickeln ebenso wie für die Behandlungsmöglichkeiten von Erkrankten. Ob diese im Sinne globaler Stabilität genutzt wird, bleibt bisher offen.

Insgesamt ist mithin doch viel Kontinuität zu konstatieren. Die Weltpolitik ist in Unruhe, aber Corona dürfte insgesamt eher die bereits bestehenden Trends der Weltpolitik verstärken:

- Der Trend zur Re-Nationalisierung dürfte sich verstärken;
- Globalisierung wird sich neuformieren;
- Autokratische Staaten werden noch autokratischer;

- schwache Staaten schwächer, schlecht gemanagte Länder fallen tiefer ins Chaos.

Corona, so der deutsche Entwicklungshilfeminister Gerd Müller, ist mithin ein globaler Weckruf zur Zusammenarbeit. „Solidarität mit den anderen wird durch die Pandemie quasi zu unserem Eigeninteresse. Wir müssen die verbleibende Zeit nutzen, um auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern entsprechende Maßnahmen einzuleiten und diese Länder in ihrem Kampf gegen das Virus zu unterstützen, wo wir nur können. Dafür benötigen wir international handlungsfähige Strukturen.“ Ob diese internationalen Strukturen jedoch angesichts der absehbaren Folgen der Krise gestärkt werden, kann bezweifelt werden. Wünschenswert wäre das natürlich, aber ist es auch erwartbar?

Ulrich Menzel gibt zu bedenken: „Das innenpolitische Pendant zu Globalisierung und Global Governance bildet die Idee des Kosmopolitismus“. Es ist also zu erwarten, dass auch solche Ideen stärker absehbar nicht populärer werden. Damit werden auch die „Duties beyond borders“ so ein fulminantes Buch von Stanley Hoffmann (1981), weiter unter Druck geraten. Der bereits erwähnte Vorsitzende der International Crisis Group, Robert Malley, formuliert das wie folgt: „In den kommenden Monaten und Jahren werden akute Notlagen auf nationaler Ebene die internationale Solidarität wie einen unerschwinglichen Luxus erscheinen lassen. Wenn es zu einer Kontraktion der Volkswirtschaften kommt, werden auch die Ressourcen schmelzen und die Regierungen werden Mühe haben, ihre eigenen Bevölkerungen zu versorgen. Die politischen Führungen werden vor immer größeren Schwierigkeiten stehen, die Mittelzuweisung für Entwicklungshilfe, internationale Gesundheits- und Hilfsorganisationen, Flüchtlinge oder diplomatische Initiativen zu rechtfertigen. Die zunehmende Unzufriedenheit im eigenen Land wird sich in noch größerer Wut und Ernüchterung gegenüber dem internationalen System niederschlagen.“

In diesem Sinne wäre der 11. September 2001 dann nicht der richtige Referenzpunkt für die Corona-Krise. Tragfähiger wäre der Vergleich mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise in den Jahren nach 1929. Erst kam die ökonomische Destabilisierung in einer im Übrigen ökonomisch bereits erheblich verflochtenen Welt, dann die politische Destabilisierung – und dann ein Weltkrieg. Geschichte wiederholt sich natürlich nicht – aber manchmal reimt sie sich.

Das ist eine Mahnung, auch an die Kreativität der Wissenschaft, bei der Erarbeitung tragfähiger Lösungen mitzuwirken. Wir sollten jedenfalls alles daransetzen, mit der massiven Krise

heute anders umzugehen und ähnliche Folgen wie in den 1930er Jahren zu vermeiden. Wir müssen mit aller Kraft verhindern, in ein konfliktträchtiges nationalstaatliches Gegeneinander abzugleiten. Das ist die große Aufgabe, vor der wir jetzt stehen. In den Worten von Henry Kissinger: „No country, not even the US, can in a purely national effort overcome the virus. Addressing the necessities of the moment must ultimately be coupled with a global collaborative vision and program. If we cannot do both in tandem, we will face the worst of each“.

Bisher erschienen:

GSP-Einblick 1/2020, März: „[Dr. Hans-Peter Bartels im GSP-Interview](#)“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 2/2020, April: „[Afrika und die Corona-Krise](#)“ von Prof. Dr. Robert Kappel

GSP-Einblick 3/2020, Mai: „[Die Corona-Krise und die globale Ordnung](#)“ von Dr. Ulrich Speck

GSP-Einblick 4/2020, Mai: „[Die Corona-Virus-Krise als kritischer Wendepunkt für die Welt und die Ukraine](#)“ von Pavlo Klimkin und Dr. Andreas Umland

GSP-Einblick 5/2020, Mai: „[Die neue nukleare Frage – eine Antwort auf Rolf Mützenich](#)“ von Prof. Dr. Joachim Krause

GSP-Einblick 6/2020, Mai: „[Nichtverbreitung von ABC-Waffen: Die Tiefe Krise des Multilateralismus](#)“ von Dr. Oliver Thränert

GSP-Einblick 7/2020, Juni: „Weltordnung, Pandemien und Sicherheitspolitik“ von Prof. Dr. Johannes Varwick



Hinweis: Unser Blog befasst sich intensiv mit den Konsequenzen der Corona-Krise für die Sicherheitspolitik: diskutieren Sie mit! [Hier geht es zum Blog.](#)



Bitte beachten Sie auch unseren [YouTube-Kanal.](#)

Die GSP ist die **älteste** und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. Mit über **6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit – **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Prof. Dr. Johannes Varwick; Redaktion: Fabian Schlüter B.A.

GSP-Einblick* ISSN 2701-4088

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstagufer 14
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

Abonnieren Sie auch unseren Newsletter
und unsere Social-Media-Kanäle!



www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter



www.gsp-sipo.de



www.twitter.com/gsp-sipo



www.facebook.com/GSPSipo